

CEE/Wahlen/Int. Beziehungen/EU/Montenegro/Hintergrund

Montenegro und die EU - Europa, wann?

Utl.: Dem kleinsten der Westbalkanstaaten trauen Experten die besten Chancen auf eine zeitnahe Aufnahme in die EU zu, doch das Land befindet sich im Umbruch (Von Jakob Ille/APA) =

Podgorica (APA) - Seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und den damit einhergegangenen Bemühungen, Montenegro in die EU zu führen, werden Politiker in Österreich wie auch dem Rest der EU nicht müde, eines zu betonen: Auf den Westbalkan darf nicht vergessen werden. Die besten Chancen auf einen baldigen EU-Beitritt trauen Experten dem kleinsten der sechs Anwerber in der Region zu. Doch zuerst braucht das Land eine stabile Regierung.

Jovan hat einen Ast in der Hand. Eigentlich wollte er darauf seine rote Flagge, geziert von Stern, Hammer und Sichel aufhängen. Aber darauf verzichtet er jetzt und trägt sie in einem Plastiksackerl mit sich herum. Er möchte die Demonstration nicht "vereinnahmen". Dass einem der größten Rehabilitationszentren des Balkans, dem Dr. Simo Milošević Institut wenige Kilometer südlich der Grenze zu Kroatien das Geld fehlt, treibt in der zweieinhalb Autostunden entfernten Hauptstadt Podgorica einige hundert Menschen mit dem Ruf nach Verstaatlichung auf die Straße. Es sei nur ein Beispiel von vielen dafür, dass der "Ausverkauf" von während des Sozialismus gegründeten Firmen nicht funktioniert habe, betont der 19-jährige Student. Die einstündige Zugfahrt aus seiner Heimatstadt Bar habe er aber auch deshalb angetreten, weil Demonstrationen, die zu keinem der beiden "Blocks" gehören, selten sind.

Damit meint er pro-serbische, kirchennahe Kräfte auf der einen und Anhänger des Langzeitmachthabers Milo Đukanović auf der anderen Seite. Als Chef der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) stand er über dreißig Jahre an der Spitze des Landes, abwechselnd als Premierminister und als Präsident. Trotz seines oft als autokratisch beschriebenen Regierungsstils, begleitet von Korruptionsvorwürfen und einem Klima, in dem Journalisten und Journalistinnen regelmäßig mit Drohungen und Attacken rechnen mussten, halten viele Menschen zu ihm. Einerseits war er es, der das Land 2006 in die Unabhängigkeit von Serbien und 2017 in die NATO führte, andererseits fehlt, seitdem die DPS 2020 erstmals die Regierungsverantwortung verlor, die Stabilität.

Auch im Sommer 2020 gingen Jovan und seine Freunde auf die Straße - Seite an Seite mit klerikalen und rechtspopulistischen Gruppen. "Es ging darum, den Diktator (Đukanović, Anm.) loszuwerden", sagt Petar, dessen T-Shirt ein Konterfei Che Guevaras ziert. Der "langsame Schrumpfprozess" der DPS gipfelte bei den Parlamentswahlen vor drei Jahren, angeheizt durch den Unmut der Bevölkerung ausgelöst durch die Covid-Pandemie und ein verabschiedetes Kirchengesetz, das es dem Staat erlaubte, Immobilien der serbisch-orthodoxen Kirche zu verstaatlichen, im Verlust der Mehrheit, erklärt Florian Bieber vom Zentrum für Südosteuropastudien. "Es war aber mehr eine Wahl gegen die DPS als für eine andere Partei."

Zwar blieb diese auf Platz eins, erstmals bildete sich jedoch eine Mehrheit ohne ihrer Beteiligung. Dem pro-serbischen Wahlbündnis "Für die Zukunft Montenegros" (ZBCG) gelang es, die Oppositionsparteien verschiedener Lager zu einen, und als "Expertenregierung" das Kirchengesetz zugunsten der serbisch-orthodoxen Kirche zu entschärfen. Im Vorfeld der Wahl hatte die Kirche massiv gegen Đukanović mobilisiert. Lange blieb aber weder diese noch die folgende Regierung in Kraft. Zwei Misstrauensvota seit 2020 führten zu erneuten Wahlen im Sommer dieses Jahres und zur Angst vor "italienischen Verhältnissen" bei Jovan.

Richten sollen es jetzt zwei Liberale: Jakov Milatović und Miloško Spajić, Wirtschafts- beziehungsweise Finanzminister in der ersten Post-Đukanović-Regierung, gründeten im Juni 2022 die Partei "Europa, jetzt!". Milatović wurde nach den Präsidentschaftswahlen, bei denen er gegen Đukanović antrat, im April mit 36 Jahren zum jüngsten Staatsoberhaupt Europas gekürt, woraufhin sich Đukanović aus der Politik zurückzog und sein Amt als Parteivorsitzender zurücklegte. Dem ein Jahr jüngeren Parteichef Spajić, der

eigentlich antreten hätte sollen, dessen Kandidatur aber aufgrund seiner serbisch-montenegrinischen Doppelstaatsbürgerschaft abgelehnt wurde, gelang es im Juni erstmals, die DPS als stimmenstärkste Kraft abzulösen. Mit der Regierungsbildung hat er noch bis Anfang November Zeit. Um eine Regierung ohne DPS und "Für die Zukunft Montenegros" zu bilden, setzt Spajić auf kleinere pro-serbische Parteien sowie auf die Parteien der ethnischen Minderheiten.

Beide absolvierten Wirtschaftsstudien an renommierten Universitäten außerhalb des Adriastaates - Spajić in Japan, Milatović studierte unter anderem in den USA, Oxford und Wien. Zwischen den beiden Männern, die ihre Partei als "wirtschaftsfokussiert" beschreiben und sich neben dem Kampf gegen Korruption vor allem den schnellen EU-Beitritt auf die Fahne und das Titelblatt des Parteibuchs geheftet haben, scheint die Stimmung aber angespannt. Milatović richtete seinem Parteichef und Premier in spe unlängst fehlende Transparenz in der Regierungsbildung aus, gleichzeitig steht er selbst in der Kritik seiner Parteikollegen wegen Vorwürfen gegen seinen Sicherheitsberater, der Verbindungen zu ausländischen Diensten haben soll.

Seit er zu Schulzeiten diverse "Demokratiewerkstätten" verschiedener NGOs besuchte und das Freifach "EU" nicht belegte - wie auch der Rest seiner Klasse, habe sich wenig verändert, kritisiert Jovan. Die EU investierte seit 2007 über 600 Millionen Euro in den Bau von Schulen, das Gesundheitssystem und den Schutz von Minderheiten. Dass die Beitrittsverhandlungen mit der neuen Regierung wieder Fahrt aufnehmen, glaubt er nicht. "Schon alleine der Name 'Europa, jetzt!' ist Populismus." Das Versprechen, das Land in die EU zu führen, und zwar schnell, gab im Wahlkampf fast jede Partei.

"Bereits in den letzten Jahren der DPS-Regierung gab es in Sachen EU-Beitritt kaum Fortschritte. Die Partei bekannte sich zwar formal zur EU, hat aber wenig getan", sagte Bieber. Auch weil die Partei zu sehr mit sich selbst - dem eigenen Machterhalt sowie Korruptionsvorwürfen gegen Parteimitglieder oder ihr nahestehenden Personen in Spitzenpositionen - beschäftigt war. Aufschwung brachten aber auch die Folgeregerungen nicht, trotz klarer Mehrheit für den EU-Beitritt in der Bevölkerung. Was "Europa, jetzt!" von vielen anderen Parteien unterscheidet, sei dass sie sich nicht an Identitätspolitik - ob Serben oder Montenegriner - beteilige.

Einmal im Monat fährt Jovan nach Belgrad - für den "Großstadtflair", und um Familie zu besuchen. In Montenegro ist das Verhältnis zum großen Nachbarn Serbien ein delikates. Unter Präsident Aleksandar Vučić verfolgt Belgrad eine Politik der Vereinnahmung der ethnischen Serben in den Nachbarländern. Etwa 30 Prozent der Montenegriner fühlen sich als Serben, aber nicht alle von ihnen unterstützen - so wie die ZBCG - beinahe bedingungslos die Politik Belgrads.

Heute aber geht es für Jovan zurück nach Bar. Mit seinem Vater vermietet er Zimmer an Touristen, von denen auch Ende der Saison Anfang September noch zahlreiche in dem kleinen Ort an der adriatischen Küste einkehren. "Wie jeder unserer Nachbarn." Rund ein Viertel des BIPs macht in Montenegro der Tourismus aus. Von Abwanderung ist Montenegro wie auch die anderen Staaten Ex-Jugoslawiens betroffen, wenn auch in geringerer Form und eher im strukturschwachen und tourismusarmen Norden. Weg möchte Jovan nicht, auch wenn er mit der Politik unzufrieden ist. Für ihn ist klar, dass sein Heimatland Teil einer Union werden soll, entweder der Europäischen oder einer aus den ehemaligen Republiken Jugoslawiens.

(Redaktionelle Hinweise: (COMPLIANCE-HINWEIS - Die Reise im Rahmen von "Eurotours" wurde vom Bundeskanzleramt mitfinanziert. Die Reisekosten werden zum Teil vom Bundeskanzleramt getragen, die Berichterstattung erfolgt unter unabhängiger redaktioneller Verantwortung der APA-Redaktion.))

jj/th/s/ane

APA0028 2023-09-12/06:00

120600 Sep 23

Meldungstyp:

Hintergrund

Kategorien:

Politik/Wahlen

Politik/Int. Beziehungen

Politik/Politisches System

Politik/Politisches System/Staatsoberhaupt

Politik/Politische Abläufe/Politische Bewegungen

Gebezug:

Montenegro/Podgorica

Thema:

CEE

EU

EU-Erweiterung

Firma/Organisation:

EU - Europäische Union

Klicken Sie auf die unterstrichenen Wörter, um weitere Meldungen zu diesen Themen zu bekommen.